

# Die Berliner Linke und der 20. April - eine Zwischenbilanz

Für eine konsequente anti-faschistische Mobilisierung in der Zukunft ist es von Bedeutung, die bisherige Politik der Berliner Linken Revue passieren zu lassen. Die notwendigen Lehren müssen gezogen werden.

Das öffentlichkeitswirksame Bündnis "Kein Länderspiel am 20. April!" reichte von Bündnis 90/Die Grünen über PDS-Landesvorstand bis hin zu Gruppen des autonomen Antifa-Spektrums. Deren Haltung war:

"Die organisierten FaschistInnen und rechte Skins mobilisieren jetzt schon zu diesem Spiel. Dem treten wir entgegen. Wir rufen dazu auf, mit einer breiten Öffentlichkeit und vielfältigen Aktionen den FaschistInnen den Raum zu nehmen und dem DFB und dem Berliner Senat ihr nationalistisches 'Großereignis' zu verhindern" (Flugblatt "Kein Länderspiel am 20.04.!").

Durch die Forderung nach *Verhinderung* des Spiels an Senat und DFB wollte man der Nazi-Mobilisierung entgegentreten. Das Spiel ist jetzt abgeblasen worden - nicht aber die Nazi-Mobilisierung! Also war doch nicht das Spiel das Problem, wie jetzt wohl jeder zugeben muß, sondern die Nazis. Gerade durch sie wurden Datum und Ort des Spiels zum Thema! Trotz aller markigen "Verhinderungs"-Rhetorik lief die Praxis dieses Bündnisses darauf hinaus, mit der Herstellung einer "breiten Öffentlichkeit" *Druck* auf den Senat auszuüben. Obwohl das Bündnis "Kein Länderspiel am 20.04.!" nicht wagte, es offen auszusprechen, seine Logik hieß: Der Senat (bzw. der englische Fußballbund), und *nicht wir*, die AntifaschistInnen, sollte die Nazis stoppen!

Unsere Forderung, den Nazis um den 20. April entschlossen und offensiv entgegenzutreten, wurde vom Bündnis "Kein Länderspiel am 20. April!" systematisch abgewürgt! Auch wenn nicht alle im Bündnis so dachten - das Flugblatt der Humanistischen Union "Stadtfreiheit trotz Länderspiel" brachte die *Sabotage-Linie* des Bündnisses auf den Punkt:

"Wir wollen an diesem Tag nicht auf die Straße, sondern fordern zu Patenschaften für Asylbewerberheime, Ausländerzentren, jüdische Einrichtungen sowie Treffs der Lesben-, Schwulen- und Alternativszene auf. Vor Ort sollten wir uns in den Projekten und Häusern am Schutz beteiligen und die Straße nach dem Länderspiel den besoffenen deutschen und britischen Hools und der Polizei überlassen" (02.03.94).

Mit der schwach besuchten Demonstration am 09. April ist die *demobilisierende* Wirkung dieser Strategie offenbar geworden. Und obwohl es keinen Grund für eine Entwarnung gibt, daß die Nazis um den 20. April und am 1. Mai in ihren Rattenlöchern bleiben: Das Bündnis hat sich offensichtlich in seine Bestandteile aufgelöst! Während der autonome Flügel in seinem Milieu weiterwurstelt, ziehen sich die kleinbürgerlich-liberalen Kräfte um Humanistische Union und Bündnis 90/Die Grünen, gefolgt von der PDS, vornehm zurück. Schließlich ist jetzt Wahlkampfzeit und da muß "Respektabilität" gezeigt werden. Sein antifaschistisches (kleinbürgerliches) Demokratieverständnis hat man demonstriert, die Engländer haben - dem

Himmel sei Dank - abgesagt, und der Rest ist wesentlich Sache der Polizei! Nur Pech, daß die Nazis sich einen Dreck um diese beschränkte Auffassung der kleinbürgerlichen Demokratie kümmern werden ...

## DGB-Führung: Augen zu ...

Durch Sabotage zeichnete sich auch das sozialdemokratische Spektrum aus. Die Berliner sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen verharren in verbrecherischer Passivität. Wir erinnern uns: Beim Länderspiel BRD-Türkei 1983 führten sie eine Demonstration in das Stadion, um "Völkerverständigung" zu demonstrieren. Den "Schutz" der (Immigranten-)Viertel Berlins delegierten sie an die Polizei und überließen damit den Faschisten die Initiative. Dieses Mal hatte es der DGB nicht einmal mehr nötig, seine Demobilisierung per Demo zu organisieren. Offiziell hüllten sich die Vorstände in Schweigen. Ihre anti-faschistische "Tätigkeit" beschränkte sich offensichtlich auf das Verteilen von Stadion-Karten - kein Gedanke, dem faschistischen Aufmarsch mit einer eigenständigen, organisierten Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis, die zu Zehntausenden ImmigrantInnen einschließt, zu antworten. Die DGB-Führung deckte damit - ohne groß aufzufallen - die nationalistische Stadion-Politik ihrer Genossen im Senat.

## JRE-SprecherInnenrat im Schlepptau der ÖTV-Bürokratie

"Linke" Schützenhilfe erhielt diese Politik von der Berliner VORAN/JRE-Führung. Am 11.03. wurde von JRE, u.a. durch den Einfluß von UnterstützerInnen der Gruppe Spartakus, das Bündnis "Keinen Fußbreit den Faschisten am 20. April!" initiiert. Unter den Losungen "Kommt alle zur Demonstration am 20. April zur Verhinderung von Aktionen der Nazis! - Beteiligt Euch an Schutzaktionen in Eurem Stadtteil!", wollten u.a. SAG, JRE, Gruppe Spartakus und die (später dazu gestoßenen) Sozialistische Liga und BVVDN beginnen, *organisiert* einen anti-faschistischen Pol für eine effektive Verhinderung des Nazi-Aufmarsches aufzubauen.

Am 25.03. erklärte jedoch der Vertreter des Berliner JRE-SprecherInnenrats, daß seine Organisation das Bündnis verlasse (die wie immer schwankende SAG fand kurz darauf ebenfalls den Weg zur Tür). Das Bündnis brach auseinander. Und was war nun die Begründung von JRE? Ein um eine Unterschrift gebeter ÖTV-Funktionär habe erklärt, daß "kein gesunder Gewerkschafter (!)" den Aufruf des Bündnisses angesichts der bisher unterzeichnenden Gruppen unterstützen könne. Das allein genügte, daß der JRE-SprecherInnenrat, der von der Gruppe VORAN politisch dominiert wird, die Segel strich! Im vom Berliner JRE-Komitee mehrheitlich angenommenen Antrag kommt diese Linie der VORAN-Kapitulation vor der Gewerkschaftsbürokratie klar zum Ausdruck:

"Wir sind während dieser Arbeit (für die Verbreitung des Bündnisses, Anm. v. u.) auf Basis-Gewerk-



*Falsche Zeit, falscher Ort, falsches Ziel: Es ging nicht ums Spiel, sondern Nazi-Aktionen müssen verhindert werden!*

schafterInnen (!) gestoßen, die von der UnterstützerInnenliste eher abgeschreckt waren. Unserer Meinung nach aus gutem Grund, denn die Angriffe einiger dieser Kleinstgruppen auf die Führungen der Gewerkschaften hören sich an wie Angriffe auf die gesamten Organisationen und sind zudem oft undifferenziert. Die Politik dieser Gruppenebene gegenüber den Gewerkschaften ist in der Regel destruktiv. Dieser Umstand könnte und würde auch von den Führungen der Gewerkschaften als Argument ausgenutzt werden, dem Bündnis nicht beizutreten. Da es ohne das Hindernis eines solchen Bündnisses leichter ist, die Gewerkschaften in eine Einheitsfront mitunter auch zu zwingen, war die logische Schlußfolgerung, das Bündnis '20. April: Keinen Fußbreit den Faschisten!', zu verlassen."

Dieser Antrag macht sich hier die Logik der Gewerkschaftsführung zu eigen, die die Kritik ihrer Ausverkaufspolitik als "gewerkschaftsschädigend" wertet. Konkret bedeutete diese Linie: Die ÖTV-Bürokratie, stellvertretend für die gesamte DGB-Führungsriege in Berlin, drohte mit Konsequenzen bei einer wirklichen anti-faschistischen Mobilisierung ... und VORAN/JRE kuschte! Die von VORAN hergestellte "Einheitsfront" mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung zum 20. April bedeutete in der Praxis, sich vom Gewerkschaftsapparat Plakate und "Rote Karten" drucken zu lassen, sowie der ÖTV-Führung die Pressearbeit für diese Pseudo-Aktion zu übertragen. Das war die Arbeitsteilung: Während der Senat das Länderspiel organisierte, die Gewerkschaftsführung still hielt, wollte JRE "Rote Karten" zeigen.

Im Kampf um eine korrekte anti-faschistische Ausrichtung von JRE begründeten UnterstützerInnen der Gruppe Spartakus ihren Minderheitsantrag:

"Auf Wink der ÖTV-Bürokratie hat nun der JRE-SprecherInnenrat beschlossen, aus diesem Bündnis auszuweichen. Dem Versuch, den Nazi-Aufmarsch real zu verhindern (statt seine anti-faschistische Gesinnung ausschließlich zu zeigen), wurde damit ein schwerer Schlag versetzt. Mit dieser *Sabotage*-Politik will die

VORAN/JRE-Führung die JRE-Mitglieder auf die Linie der passiven, staatsgläubigen bzw. auf den Senat vertrauende Politik von SPD- und DGB-Führung zwingen und die zahnlose Demonstration von Völkerfreundschaft im Stadion durch eine 'Rote-Karten-Aktion' 'kritisch' - als linkes Feigenblatt - abdecken. JRE steht vor der Alternative: Entweder sie entwickelt sich weiter hin zu einer revolutionären, militanten, anti-faschistischen Organisation oder sie verkommt zu einer sozialdemokratischen Hilfstruppe."

Wie jetzt bekannt wird, hat der JRE-Bundesausschuß auf seiner Sitzung am Wochenende 02./03. April - also noch vor Absage der Engländer - die vorher beabsichtigte nationale Mobilisierung von JRE nach Berlin zum 20. April einfach unter den Tisch gekehrt. Selbstherrlich, und ohne vorherige Information und Konsultation mit den lokalen JRE-Gruppen, in irgendwelchen VORAN-Hinterzimmern beschlossen, muß diese nationale JRE-Initiative bereits vor der Bundesausschuß-Sitzung abgewürgt worden sein! VORAN setzt damit ihre Politik fort, JRE als ihren Privatladen zu benutzen - eine Politik, die zunehmend innerhalb JRE auf Widerstand stößt. Die nationale, von VORAN dominierte JRE-Führung ist damit nicht nur bereits *im Vorfeld* vor einer drohenden bundesweiten Nazi-Mobilisierung eingeknickt. Die Absage der nationalen Mobilisierung zeigt auch, daß wenn es im anti-faschistischen Kampf konkreter wird (und mit einem großen Polizeiaufgebot v.a. gegen Linke seitens des CDU-SPD-Senats zu rechnen ist), die VORAN/JRE-Führung nicht bereit ist, aus dem Windschatten der SPD-/DGB-Führung hervorzutreten.

### **Antifasist Gençlik: Richtiger Impuls - sektiererische Umsetzung**

Die Initiative für eine militante Anti-Fa-Demonstration am 20. April seitens der "Bundesweiten MigrantInnen-Initiative: Antifasist-Gençlik-Komitee" war (und ist) vom Impuls her korrekt:

"Es ist wiedere einmal zu erwarten, daß uns empfohlen wird zu Hause zu bleiben. Doch die Orte des Grauens wie Hünxe, Solingen und anderswo, wo MigrantInnen und Flüchtlinge im Schlaf überrascht und verbrannt wurden, haben uns gezeigt, daß zuhause bleiben kein Schutz bedeutet. Auch diesmal werden wir uns weder einschüchtern noch verängstigen lassen. Stattdessen werden wir offensiv unseren Protest und Widerstand zum Ausdruck bringen" (Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 20. April in Berlin).

Inwiefern eine Demonstration in Kreuzberg jedoch wirklich die Nazis offensiv konfrontieren kann, ist die erste Frage, die sich stellt. Daß darüber hinaus die InitiatorInnen es aufgegeben haben, die Linke und Arbeiterbewegung in Berlin bzw. in Deutschland zu *gemeinsamen* anti-faschistischen Aktionen zu bewegen, ist zwar verständlich, aber grundfalsch. Verständlich, weil die Passivität der deutschen Linken und der SPD- und Gewerkschaftsführung zum "Ghetto-Selbstverständnis" vieler MigrantInnen entscheidend beigetragen hat. Grundfalsch, weil letztlich selbstmörderisch, wenn der militante MigrantInnen-

Teil der Linken in Deutschland sich isoliert und so umso einfacher von der Staatsgewalt aufgemischt werden kann.

## Die Lehren ziehen!

Trotz unterschiedlicher Argumentation führte die bisherige Politik des dominierenden Teils der Berliner Linken zur *Demobilisierung*. In schon fast klassischer Art und Weise wurden alle Gebrechen des aktuellen Antifaschismus in der BRD vorgeführt: Sektierertum, kriminelle Passivität, Vertrauen in die Polizei bzw. Appelle an den bürgerlichen Staat und Ablenkung von den Faschisten, unseren gefährlichsten Gegnern. Für die Zukunft steht die Alternative so: Entweder die desolaten Methoden der Linken bestimmen weiter das Feld - dann werden die Nazis ihrem Ziel, der Errichtung des "Vierten Reichs", näherkommen. Oder es wird endlich damit begonnen, den Faschisten *konsequent, organisiert, koordiniert* und *offensiv* entgegenzutreten. Für ein solches anti-faschistisches Vorgehen bedarf es jedoch eines revolutionären Faktors!

*Auf diesen im folgenden dokumentierten Vorschlag der Gruppe Spartakus, die DGB-Führung mit der Notwendigkeit einer Mobilisierung zum 20.04. zu konfrontieren, reagierten nahezu alle angesprochenen Bündnisse und Organisationen der Berliner Linken mit Ignoranz.*

Vorschlag der Gruppe Spartakus:

### Offener Brief

an den DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg,  
an die Gewerkschaften DPG, GdED, GEW, ÖTV, HBV, IGM, Holz- und Kunststoff, Leder, NCG, Textil-Bekleidung, BSE, Bergbau und Energie, Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Chemie-Papier-Keramik, IG Medien

Berlin, den

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anlässlich des Fußball-Länderspiels Deutschland-England am 20. April 1994 planen Faschisten aus der gesamten BRD mit internationaler Unterstützung in der "Reichshauptstadt" aufzumarschieren. Ihr Ziel ist es, den "Anti-Anti-Fa-Kampf" an Hitlers Geburtstag national in Szene zu setzen und mit ihrem Terror Andersdenkende, Minderheiten, ImmigrantInnen sowie die gesamte Linke und Arbeiterbewegung brutal zu unterdrücken.

Die anti-faschistischen Kräfte in dieser Stadt müssen diese Drohung ernstnehmen und alles daran setzen, den geplanten Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Dem DGB und den Einzelgewerkschaften mit seinen Zehntausenden von Mitgliedern, darunter auch vielen ImmigrantInnen, kommen bei der Organisation des anti-faschistischen Widerstandes eine besondere Bedeutung zu.

Wir, die Unterzeichnenden, halten es deshalb für notwendig, daß die Gewerkschaften u.a.

- 1) eine machtvoll anti-faschistische Demonstration in Berlin organisieren, in der öffentlichkeitswirksam klar gemacht wird, daß faschistische Propaganda und Pogrom-Hetze nicht geduldet werden;
- 2) Vorbereitungen treffen, Ansammlungen der Nazis von Anfang an zu verhindern. Darüberhinaus müssen mögliche Angriffsziele der Nazis, z.B. Zentren der Linken und Arbeiterbewegung, Häuser der Gewerkschaften, Kulturvereine der ImmigrantInnen, Frauenhäuser und Schwulenzentren etc. geschützt werden.

Eine derartige Initiative seitens der Berliner Gewerkschaftsführungen würde eine große Resonanz bei allen von Nazis Bedrohten haben. In einem Aktionsbündnis müssen alle Anti-FaschistInnen der Stadt ihre Kräfte bündeln.

**Die Nazis werden nicht durchkommen!**